



Stand vom Montag
1 US \$ = 0,820 Euro
1 Euro = 1,219 US\$

Das ideale Geschenk

Bestell Coupon auf Seite 2



Ein Sari für die Kanzlerin

Seite 3



Deutschland ganz unten

Seite 8



„Schumi fantastico“ bläst zur Heim-Attacke

Seite 10

NACHRICHTEN

Streit um Verschärfung der Ärztestreiks

Berlin (dpa) - Knapp sechs Wochen nach Beginn der Streiks an den Universitätskliniken haben die Ärzte eine massive Verschärfung ihres Arbeitskampfes angekündigt. Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund drohte wochenweise Streiks an sämtlichen Krankenhäusern auch zur Fußball-WM an. Bundesregierung und SPD warfen den Ärzten vor, mit dem Verschieben von Krebsoperationen Patienten zu gefährden.

Junge erschlagen von Marmorplatte

Bulle (dpa) - Auf dem Friedhof des Schweizer Ortes Bulle ist ein 13-Jähriger beim Spielen von einer Marmor-Grabplatte erschlagen worden. Der Junge habe auf dem Friedhof mit mehreren anderen Kindern gespielt, teilte die Kantonspolizei Freiburg mit. Aus noch ungeklärten Gründen habe sich die 580 Kilogramm schwere Marmorplatte von einem Grabmal aus dem Jahr 1931 gelöst.

Unicef will Freiheit für Kindersoldaten

Colombo - Das Kinderhilfswerk Unicef hat die tamilischen Separatisten in Sri Lanka zur Freilassung aller minderjährigen Rekruten aufgefordert. Deren Ausbildung zu Kämpfern müsse sofort beendet werden, forderte Unicef. Es gebe Hinweise, dass ein 17-jähriges Opfer einer Landminenexplosion im Dienst der Rebellen gestanden habe.

Ältere sollten keine Diät machen

Hamburg (dpa) - Ältere Menschen sollten in der Regel keine Diät halten. Wer über 60 noch versuche, viele Kilos loszuwerden, gefährde seine Gesundheit, berichtet das Magazin „Healthy Living“. Das Blatt beruft sich dabei auf eine Studie des Health Sciences Centers im US-amerikanischen Missouri. Weil bei vielen Älteren der Stoffwechsel nicht so gut funktioniert, der Körper die Nahrung also nicht optimal verwertet, seien sie ohnehin nicht ausreichend mit Nährstoffen versorgt, heißt es zur Begründung. Eine Diät könne daher schnell zu Gedächtnisstörungen und brüchigen Knochen führen.

Beck: Der Staat braucht für Zukunftsaufgaben mehr Geld

Berlin (dpa) - Der Staat braucht nach den Worten des designierten SPD-Vorsitzenden Kurt Beck für die Bewältigung von Zukunftsaufgaben wie Bildung und Kinderbetreuung mehr Geld. Wer leistungsstark sei, müsse künftig einen höheren Beitrag zur Finanzierung der Gesellschaft leisten, sagte Beck am Montag bei der Vorstellung von Leitsätzen für ein neues SPD-Grundsatzprogramm in Berlin. Staatsverschuldung und öffentliche Finanzsituation könnten „so nicht weiter fortgeschrieben werden“. Deshalb dürfe es nicht bei der niedrigen deutschen Steuerlastquote bleiben.

Für ihr neues Leitbild eines „vorsorgenden Sozialstaates“ fordert die SPD mehr öffentliche Investitionen, vor allem in Bildung und soziale Infrastruktur, um die Menschen von vornherein besser gegen Arbeitslosigkeit und Armut zu schützen. Es sei „keine Todsünde, sondern eine Notwendigkeit, darüber nachzudenken, welche Aufgaben in Zukunft über Steuern und welche über Sozialabgaben finanziert werden“, sagte Beck in seiner ersten Grundsatzrede als künftiger SPD-Chef. Das Wort Steuererhöhung gebrauchte der rheinland-pfälzische Regierungschef erneut nicht.

„Vorsorgende Sozialstaatlichkeit“ bedeute nicht, „dass man nicht auf Effizienz achtet“, sagte Beck. So müsse über den Sinn „mancher Finanztransfers“ nachgedacht und hart gespart werden. Entschieden sprach sich Beck gegen eine Privatisierung von Kernaufgaben des Staates aus. Nicht alles dürfe dem Markt untergeordnet werden. Bei der Bildung dürfe es „kein Zweiklassensystem geben“, bei dem sich Familien mit mehreren Kindern zunächst überlegen müssten, wie sie später die privaten Studiendarlehen zurückzahlen können.

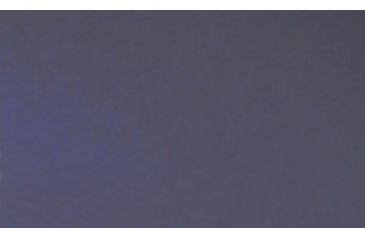
Beck rief die SPD zu einer breiten und auch kontroversen Debatte über das neue Programm auf, das im Herbst 2007 verabschiedet werden soll. Unbequeme Fragen dürften dabei nicht „verkleistert“ werden. Ausdrücklich plädierte Beck dabei auch für militärische Einsätze der Bundeswehr „zum Erhalt des Friedens“, wenn sie vom Völkerrecht gedeckt seien. Zudem müsse die EU künftig eine „stärkere,



Der designierte SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck spricht am Montag in Berlin zum Auftakt der Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der Partei. Unter dem Motto 'Kraft der Erneuerung' rief Beck die Parteibasis zur Mitarbeit auf. Foto: Peer Grimm dpa

gemeinsame Stimme bei Konflikten sprechen“, sagte Beck. Dies gelte auch gegenüber der „Dominanz der USA“, wobei die deutsch-amerikanische Freundschaft nicht in Frage stehe.

In der Energiepolitik bekräftigte Beck das Festhalten der SPD am Atomausstieg. Bei der Energieversorgung dürfe man nicht an der „überholten und nicht zu verantwortenden Atomkraft festhalten“. Die SPD setze auf erneuerbare Energie, auf Sonne und Wasserstoff sowie auf effizientere Nutzung und Einsparungen. Zum Kräftefeld zwischen Wirtschaftsinteressen und Umweltschutz sagte Beck, es sei nicht sinnvoll, die Ökologie stets „wie eine Monstranz vor sich her zu tragen“. Gleichwohl seien Unternehmen und auch Volkswirtschaft immer dann erfolgreich, wenn sich „soziales Wirtschaften“ und „ökologisches Handeln“ verbinde.



West-Förderung stabil

Berlin (dpa) - Die ostdeutschen Länder sind in den Jahren 2007 bis 2013 im Gegensatz zu den westdeutschen Bundesländern von deutlichen Kürzungen bei den Fördergeldern aus Brüssel betroffen. Nach den neuesten Berechnungen aus Brüssel werden knapp 14,3 Milliarden Euro in die neuen Bundesländer fließen. Das sind etwa 3,7 Milliarden Euro weniger als in den sieben Jahren davor, berichtete der EU-Kommissionsvertreter Michel-Eric Dufeil am Montag in Berlin.

Die EU-Hilfen für die westdeutschen Bundesländer bleiben dagegen mit etwa 8,3 Milliarden Euro in etwa stabil. Insgesamt erhält Deutschland in den kommenden sieben Jahren an Brüsseler Strukturhilfen 23,3 Milliarden Euro.

Dufeil führte die unterschiedlichen regionalen Folgen bei der Neuaufteilung der EU-Gelder auf

25 Länder zurück. Dabei gebe es je nach Entwicklungsstand verschiedene Kriterien für die Strukturhilfen in den Regionen. Insgesamt sei Deutschland bei der Aufteilung der Gelder sogar etwas besser weggekommen als etwa Italien oder Frankreich.

Nach den Berechnungen der Brüsseler Generaldirektion Regionalpolitik werden sich die Strukturfondsmittel für die höchste Förderstufe (Ziel 1) wie folgt verteilen: Mecklenburg-Vorpommern 1,8 Milliarden Euro, Brandenburg 2,3 Milliarden, Sachsen-Anhalt 2,7 Milliarden, Thüringen 2,2 Milliarden, Sachsen 4,2 Milliarden, Niedersachsen (Lüneburg) 0,9 Milliarden.

Die Fördergelder sollen entsprechend den EU-Beschlüssen vor allem für Forschung und Entwicklung, für Innovation und erneuerbare Energien eingesetzt werden. Hauptempfänger sollen mittlere und kleinere Betriebe sein.

Weniger EU-Geld für Ostdeutschland

Deutschland kontrolliert zur WM wieder Einreisende

Berlin (dpa) - Deutschland wird zur Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer an seinen Grenzen wieder Einreisende kontrollieren. An den Binnengrenzen des sogenannten Schengen-Raumes würden auf Grund der erhöhten Sicherheitsanforderungen die Grenzkontrollen wieder aufgenommen, teilte das Bundesinnenministerium am Montag in Berlin mit. Dies habe Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) dem Generalsekretär des Europäischen Rats, Javier Solana, und den EU-Innenministern mitgeteilt.

„Mit den Grenzkontrollen ergäben wir den Gefahrenfilter“, sagte Schäuble. Konkrete Hinweise auf eine mögliche Gefährdung gebe es allerdings nicht. An Land- und Seegrenzen sowie Flughäfen würden „lageangepasste Maßnahmen“ getroffen, um so die Einreise potenzieller Straftäter zu verhindern.

Ein besonderes Augenmerk gelte gewalttätigen Fußballfans, möglichen terroristischen Bedrohungen und der organisierten Kriminalität. „Reisende werden damit rechnen müssen, an den Binnengrenzen kontrolliert zu werden“, so das Ministerium. Beeinträchtigungen des Reiseverkehrs seien „nur punktuell zu erwarten“. An der Grenze zur Schweiz werde nicht verstärkt kontrolliert, da es sich nicht um eine Schengen-Binnengrenze handele.

Nach dem Schengener Durchführungsabkommen kann ein Staat für einen befristeten Zeitraum Grenzkontrollen wieder aufnehmen, wenn dies aus Gründen der Sicherheit geboten ist. Das Ministerium wies darauf hin, dass mehrere Schengen-Staaten bei vergleichbaren Großereignissen davon bereits Gebrauch gemacht hätten.

Aktionen für ein kindergerechtes Deutschland

„Wir machen das selbst“

■ Von Frank Rafalski
Berlin (dpa) - „Wir reden zu viel über Kinder und lassen Kinder zu wenig selbst machen.“ Auch erfahrene Profis in der Jugendpolitik zeigten Hochachtung, als sie am Mittwoch in Berlin den Kinder- und Jugendreport zum Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland bis 2010 in den Händen hielten.

„Mitmachen, Einmischen, den Erwachsenen sagen, wo es langgeht“, formulierten Jugendliche ihr Engagement. 300 von ihnen aus ganz Deutschland haben den Report verfasst. Sie machen darin Vorschläge zu wichtigen Feldern der Jugendpolitik - von Generationengerechtigkeit über Integration bis zu Umwelt und „echter“ Kinder- und Jugendlichen-Beteiligung.

An das Thema Gewalt - in diesen Wochen mit besonderer Aktualität - gehen sie mit neuem Blickwinkel heran. Kindern müsse frühzeitig gezeigt werden, wie man Konflikte gewaltfrei löst. Die Gewaltprävention in den Schulen müsse ausgebaut werden. Finanzielle Unterstützung für Rhetorikseminare, Argumentationstrainings, die Ausbildung von Jugendlichen zu Streitschlichtern schlagen sie vor.

Auch der Schutz vor Gewalt in den Familien ist nach Ansicht der potenziell Betroffenen bei weitem noch nicht ausreichend. Ihre Anregungen: räumliche und finanzielle Alternativen für Kinder und Jugendliche, die in gewaltbereiten Haushalten leben, eine unbürokratische und elternunabhängige Kindersozialhilfe sowie Vorsorgeuntersuchungen in Kindergärten und Schulen, um Vernachlässigungen und Missbrauchsfälle aufzudecken.

Der Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Land wurde als Folge des „Weltkindergipfels“ der Vereinten Nationen von 2002 erstellt. Vor zwei Jahren passierte er das Kabinett. Seitdem ist in den Bundesländern einiges geschehen. Pilotprojekte für mehr Beteiligung der Jugendlichen zeugen davon. Da gibt es an einer Schule in Berlin eine Aktion „Pflanzen statt Ranzen“, bei der ein Schulhof von den Schülern begrünt wurde. Im hessischen Hanau startete zur Unterstützung eines von Abschiebung bedrohten 13-jährigen Kurden die Aktion „Hilfe für Baris“. Über 3000 Unterschriften kamen zusammen.

Ein neues Jugendforum in Magdeburg engagiert sich vor allem in der Kommunalpolitik. Als Beispiel für erfolgreiche Kinderbeteiligung

werden Spielplätze von den Nutzern getestet und benotet. Die Folge: Kommunalpolitiker veranlassen Umbauten. In Maintal bei Frankfurt entstand in Selbstverwaltung das „Café Gegenstrom“. Hier kann man sich nur so treffen, man muss nichts kaufen. Das Café ist seitdem an Wochenenden überlaufen.

An einer Schule in München wurde „Oskar TV“ gegründet - ein neues Medium, um Schüleröffentlichkeit herzustellen. In Heidelberg errichteten Jugendliche eine „Friedensmauer“ als Denkmal für das Völkerrecht mit inzwischen 90 000 Steinen von Einzelteilnehmern. Von dieser inzwischen über Internet international angelegten Aktion zeigte sich sogar UN-Generalsekretär Kofi Annan beeindruckt.

„Hat die Jugend in Deutschland eine Stimme?“ - fragte einer der Organisatoren dieser und ähnlicher Aktionen am Mittwoch in die Runde. Für Staatssekretär Hermann Kues aus dem Familienministerium, der den Kinder- und Jugendreport entgegennahm, stand das diesmal außer Frage. Er werde die Vorschläge ins Kabinett einbringen, damit diese „neuen Gedanken zumindest aktenkundig werden“.

Fliegerbombe entschärft



Der Feuerwerker Günter Hanft zeigt am Montag im Vorfeld des Münchner Hauptbahnhofs den Zünder einer von ihm soeben entschärften Fliegerbombe. Foto: Frank Mächler dpa

1000 Menschen mussten Häuser verlassen

München (dpa) - Zur Entschärfung einer Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg in München mussten am Montag rund 1000 Menschen ihre Wohnungen und Büros verlassen. Ein Sprengmeister habe den Zünder der Fünf-Zentner-Bombe binnen kurzer Zeit unschädlich gemacht, sagte ein Polizeisprecher. „Er hat 20 Minuten gebraucht, dann war der Spuk vorbei.“

Während der Aktion war um den Fundort nordwestlich des Hauptbahnhofs der S-Bahn und Zug-Verkehr eingestellt. Auch Autofahrer mussten sich in Geduld üben. Rund 350 Polizeibeamte waren im Einsatz. Am Nachmittag normalisierte sich die Verkehrslage wieder.

Ein Baggerfahrer hatte am Morgen die Bombe bei Bauarbeiten gefunden. Sie stammt nach Polizeiangaben vermutlich aus US-Beständen.

PERIODICALS MAIL

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY APRIL 29, 2006